

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung im der Reichshauptstadt und den Angehörigen 2 RM, im Monat, bei Postlieferung durch die Boten 2,30 RM, bei Postlieferung gebührt. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen sind gegen Vorzahlung zu nehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wichtigste Preise: Die 48-spaltige Raumgröße 20 Spalten, die 48-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige. Die 3-spaltige Reklamegröße im täglichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorkauf und Nachdruck sind ausdrücklich untersagt. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher übermittelten Nachrichten über den Inhalt der Zeitung ist keine Garantie. Jeder Reklamenspruch ist schriftlich, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden soll, oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Wir nehmen alle Veranlassungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 275 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 26. November 1930

Der Kampf mit den Parteien.

Immer wieder und bei jeder Gelegenheit ist von dem Reichkanzler oder einem seiner Ministerkollegen mit besonderer Schärfe und Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß die große Steuer- und Finanzreform nicht bloß den selbstverständlichen Zweck habe, Ordnung auf längere Sicht in die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden zu bringen, sondern daß man darüber hinaus auch noch das Ziel verfolge, die Arme finanziell frei zu bekommen für eine Außenpolitik der Revision. Ähnlich liegen nun die Zwecke der Reform, wenn man ihre wirtschaftspolitische Seite betrachtet. Nicht mehr steigende Steuerlasten, sondern Entlastung der Wirtschaft, um Krise und Arbeitslosigkeit allmählich zu überwinden, andererseits — „außenpolitisch“ gesehen — Schaffung des Vertrauens in der Finanzwelt des Auslandes, daß die Zukunft unjerer Wirtschaft nicht so gefährdet ist, als es jetzt in der Zeit der Krise hier und da befürchtet wird. Einen Augenblick darf man daran erinnern, daß vor einigen Tagen der 500-Millionen-Auslandskredit an Deutschland überwiesen worden ist, mithin das Ausland doch ein gewisses Vertrauen des Vertrauens schon gegeben hat. Die Öffentlichkeit ist nicht darüber unterrichtet worden, inwieweit dieses Vertrauen abhängig ist von der Person bzw. von der Politik Dr. Brüning's, oder genauer gesagt, von dem Vertrauen des kreditgebenden Auslandes darauf, daß ihm die möglichst baldige Durchführung seines Reformplanes gelingt. Unerrichtet ist man, wie gesagt, darüber nicht, aber man kann sich denken, daß diese Erwägung eine recht erhebliche Rolle gespielt hat bzw. noch spielt, daß man also draußen mit einer schnellen „Stabilisierung“ der deutschen Finanzen rechnet und Dr. Brüning entschlossen ist, mit allen Mitteln, die ihm die Verfassung dazu in die Hand gibt, seinen Reformplan durchzuführen und damit jener Anschauung unserer Geldgeber im Ausland gerecht zu werden.

Leicht wird der Kampf um die Reform, der noch im Reichstag bevorsteht, gewiß nicht werden. Mannigfache Abänderungen, die an ihr im Reichstag vorgenommen wurden, haben alle Widerstände nicht ganz beseitigen können, haben neue ergeben lassen. So protestiert der Reichsverband der deutschen Industrie dagegen, daß jetzt die für eine Senkung der Realsteuern ursprünglich vorgesehenen Mittel nicht unerheblich vermindert werden sollen. Außerdem bestehen noch Differenzen darüber, ob gewisse Bestimmungen der Notverordnung vom Juli — sie wird ja jetzt im Reichstag durchberaten — wesentlich abgeändert oder erhalten werden sollen. Das ist insofern wichtig, als die Debatte hierüber in die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteien hineinzieht. Das Thema dieser Besprechungen ist natürlich: Ist es möglich, die Reform durch den Reichstag zu bringen, und zwar ebendies ohne wesentliche Abänderung? „Seine“ Regierungsparteien hat der Kanzler nicht mehr ganz geschlossen hinter sich. Das Mitgehen der Sozialdemokraten dürfte von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden; bei der Rechtsopposition wird er auf ein Entgegenkommen auch nicht stoßen, — und dazu kommt nun noch, daß einige Teile der Finanzreform einen verfassungsmäßig ändernden Charakter haben, also im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit verlangen. Eine solche erhält der Kanzler aber bestimmt jetzt — da es in seiner „eigenen“ Koalition zu wanken begann — noch weniger wohl als früher. Immerhin wird er sich in den nächsten Tagen bis unmittelbar vor Zusammentritt des Reichstages bemühen, festzustellen, ob und inwieweit er auf dem üblichen parlamentarischen Wege vorwärtskommt oder ob ihm hier von den Parteien unüberwindliche Hindernisse in den Weg gebaut werden. Wie sehr mit dieser zweiten Alternative bereits gerechnet wird, ist daraus zu ersehen, daß man in politisch-parlamentarischen Kreisen schon jetzt ganz offen davon spricht, der Kanzler werde die Reformgesetze durch eine Reichspräsidentennotverordnung verkünden und ihnen damit zunächst wenigstens Gesetzeskraft verleihen lassen. Wann diese neue Notverordnung dann dem Reichstag verfassungsgemäß vorgelegt wird, ob z. B. etwa noch ein Misstrauensantrag gegen Brüning und sein Kabinett dazwischen geschaffen wird, wann die Notverordnung selbst ergeht usw. — das alles liegt noch im Schoße einer allerdings sehr nahen Zukunft. Wobei heute freilich schon mit einem als ganz sicher gerechnet werden darf: Kamplos ergibt sich Doktor Brüning nicht! Sondern er wird, wie schon mehrfach mit Erfolg, auch dieses Mal wieder versuchen, sich den Marsch auf die außen- und wirtschaftspolitischen Ziele hin zu erzwingen.

Schweres Autounglück.

Sieben Arbeiterinnen schwer verletzt.
In der Kösniger Straße in Lugau wurde ein von Sonntag kommendes Lastauto, das allmorgendlich Arbeiterinnen nach ihrer Arbeitsstätte in Lugau bringt, in einer Kurve bei Lugau von einem entgegenkommenden Lastauto angefahren. Dabei erlitten sieben Arbeiterinnen so schwere Verletzungen, daß sie ins Stollberger Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Reichsjustizminister Bredt tritt zurück

Die Schwierigkeiten des Kabinetts.

Abgabe der Wirtschaftspartei an Dr. Brüning.
Wohl ziemlich unerwartet für Reichkanzler Dr. Brüning und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung hat der Justizminister Dr. Bredt aus Marburg, wo er krank darniederliegt, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er wird Anfang der nächsten Woche nach Berlin kommen und sich persönlich beim Reichskanzler verabschieden. Die Ursachen für diesen überraschenden Schritt finden sich in einem Beschluß des zurzeit in Berlin tagenden Reichsausschusses der Wirtschaftspartei, deren Angehöriger Dr. Bredt ist, wenn er auch nicht mehr in seiner Eigenschaft als Minister dieser angehört. Der Beschluß lautet: „Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuss beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen will, welche die Sozialdemokratie unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Reichsregierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht



Dr. Bredt.

gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.“ Der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei hat sich ferner dem Standpunkt der thüringischen Landtagsfraktion der Partei angeschlossen, daß die Sperrung der Polizeikostenzuschüsse an Thüringen durch den Reichsminister aufgehoben werde.

Kommt eine neue Notverordnung?

Die Schwierigkeiten, mit denen die Reichsregierung mehr denn je in diesen Tagen ringt, sind durch den Entschluß der Wirtschaftspartei und den anschließenden Rücktritt Dr. Bredt's sicher nicht gemildert worden. Die Wirtschaftspartei soll zu ihrem Vorgehen teilweise durch ihre ablehnende Stellung zur Einführung der Gemeinde- und Getränkesteuer, dann aber vor allen Dingen durch die zurzeit noch fortgesetzten Verständigungsverhandlungen des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Führern bewogen worden sein. Natürlich wird dem Kabinett die Erlangung einer Mehrheit für seine Besetzungsfinanzpläne im Reichstag durch den Abfall der Wirtschaftspartei noch mehr erschwert und es erhebt sich die Frage, ob die Regierung bei einem Versagen des Reichstages ihr gesamtes Gesetzwerk erneut mit Hilfe des Notverordnungsparagrafen durchzusetzen gedenkt, welche gesetzgeberische Aushilfe die Kabinettsmitglieder bisher für den äußersten Notfall freis angekündigt haben. Zwar könnte der Reichstag alsbald wieder Aufhebungsanträge stellen. Jedenfalls bleiben die Machtverhältnisse in dem zum 3. Dezember einberufenen Reichstag vollständig ungeklärt.

Wieder Friede in der Wirtschaftspartei.

Die Differenzen zwischen Colosser und Dreywig beigelegt.
Der Reichsparteiausschuss der Wirtschaftspartei beschäftigte sich mit dem bekannten Konflikt, der zwischen dem Abgeordneten Colosser und dem Parteivorsitzenden Dreywig entstanden ist. Über das Ergebnis der Verhandlungen wird aus führenden Kreisen der Partei mitgeteilt, daß der Ausschuss einstimmig den Bericht eines Sonderausschusses gebilligt habe, wonach sämtliche Meinungsverschiedenheiten als ausgeglichen betrachtet werden könnten.

Eine Nordpoltragödie in Tagebuchnotizen

André's Tagebücher veröffentlicht.

Warum der Ballonflug zum Pol scheiterte.
Die mit großer Spannung erwarteten André'schen Tagebuchaufzeichnungen sind in Stockholm in Buchform erschienen; die Übersetzungen in nicht weniger als 15 Sprachen folgen in den nächsten Tagen. Aus den Aufzeichnungen ergibt sich, daß die früheren Annahmen über den Ballonflug und die Wanderung über das Eis zum Teil unrichtig sind. Der Ballon „Ornen“ hat nicht eine Kurve beschrieben, die die Form des Buchstabens „o“ hatte, sondern ist im Zickzack geflogen, etwa in der Form eines umgekehrten „Z“.
André's Tagebuch schließt mit dem Augenblick, in dem die aus Eisblöcken erbaute Hütte einstürzte. Obwohl über das Leben des Todes keine Aufzeichnungen vorhanden sind, hat Professor Lihberg auf Grund der nun vorliegenden ausführlichen Angaben das Ende der Katastrophe konstruieren können. André und seine Begleiter sind nicht gestorben, weil Nahrung, Munition und Feuerung zu Ende gingen, sondern weil ihre Kleidung ungenügend war. Die Ausrüstung bestand aus gestrickten Fingerringhandschuhen, Hemden von dünnem Baumwollstoff und aus dünnen Wadenstrümpfen, war also alles andere als polarmäßig. Ohne Pelze konnten die drei Flieger den eisigen Stürmen nicht genügend Widerstand leisten. Vielleicht haben sie noch einen erfolglosen Versuch gemacht, die Weiße Insel zu verlassen und über das Eis nach Spitzbergen zu gelangen. Als erster ist Strindberg gestorben, nach ihm André und Fränkel, nebeneinander im Zelte liegend. Erregend sind die Aufzeichnungen Strindberg's, die für seine Braut bestimmt waren. Von Strindberg stammt auch die letzte Notiz vom 17. Oktober; sie ist unvollendet und lautet: „Nach Hause 7.05 Uhr vormittags“. Wie lange der Todesstampf gedauert hat, wird sich also niemals feststellen lassen.

Bezeichnend sind die Aufzeichnungen André's vom 12. Juli, dem zweiten Tage des Ballonfluges; hier heißt es: „Wir haben heute viel Ballast abwerfen müssen und haben keinen Schlaf in die Augen bekommen, der fortwährenden Stöße wegen, und

wir können wohl nicht mehr weiter aushalten. Wir müssen alle drei ausruhen, und ich schicke Strindberg und Fränkel um 11.20 Uhr zu Bett; ich denke sie bis sechs

oer neuen japanen zu lassen, falls ich mich so lange auf den Weinen halten kann. Dann will ich versuchen, selbst auszurufen. Es ist recht wunderbar, daß wir hier über dem Polarmeer schweben als die ersten, die dies im Ballon getan haben. Wie bald werden wir wohl Nachfolger bekommen! Wird man uns als verrückt ansehen oder wird man unserem Beispiel folgen? Ich kann nicht bestreiten, daß es doch

ein stolzes Gefühl

ist, das uns alle drei beherrscht. Wir meinen, daß wir heute den Tod auf uns nehmen können, nachdem wir das ausgerichtet haben, was uns gelungen ist. Ob nicht alles von einem äußerst starken Individualitätsgefühl herrührt, das es nicht ertragen kann, daß man lebt und stirbt als ein Mann im Stille, vergessen von dem kommenden Geschlecht? Ist das Ehrgeiz? Das Rauschen der Schlepplane im Schnee und das Knattern der Segel sind die einzigen Laute, die man außer dem Knirschen der Ballongondel hört.“ Aber den unmittelbaren Anlaß zur Landung schreibt André nichts.

Deutsche Beschwerde gegen Polen in Genf.

Die Anrufung des Völkerbundes.

Der deutsche Generalkonsul in Batsisch-Oberschlesien, von Grünau, hat in Berlin der Reichsregierung über die Ausschreitungen der Polen gegen die deutsche Minderheit Bericht erstattet. Der umfangreiche Bericht enthält so viel eindeutige Tatsachen, daß die Reichsregierung nunmehr entschlossen ist, auf Grund von Paragraph 72 des deutsch-polnischen Abkommens, der identisch ist mit Paragraph 12 des allgemeinen Minderheitenabkommens, unverzüglich beim Völkerbund vorstellig zu werden. In dem Paragraphen, auf den die deutsche Regierung sich stützt, erkennt Polen ausdrücklich an, daß Deutschland das Recht habe, in jedem Fall einer Verletzung des Abkommens sich an den Völkerbund zu wenden und daß dieser befugt sei, die ihm notwendig erscheinenden Schritte zu ergreifen.

Der Landrat des Kreises Neuhagen-Tarnowitz und frühere deutsche Abstimungskommissar Dr. Urbanek stellt in den Zeitungen fest, daß Polen mit den wiesischen Ausschreitungen in Oberschlesien die offene Feindschaft eindeutig erklärt hat. Urbanek stellt zwei Forderungen dazu auf: 1. Keine Vergeltung!